

newsletter 43 / 03. 03. 2003

MCS-STUDIE

Seit heute steht die langerwartete MCS-studie im Internet. Sie liegt nur in 4 Exemplaren in gedruckter Form vor, die an Interessenten ausgeliehen werden. Ich hoffe, dass ich den Text (ca. 350 und ca. 50 Seiten) zumindest in den wichtigsten Textpassagen auch im html-format bald ins Net stellen kann. Ich habe bis jetzt nur einiges ueberflogen. Der Inhalt wundert mich nicht. Ich konnte den Optimismus einiger UmweltmedizinerInnen - leider - sowieso nie teilen. Vielleicht verstehen nun auch einige, warum ich im Sprachgebrauch von MCS oft etwas pingelig bin. Mehr im naechsten newsletter.

Unter: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/index.htm>:

Vielfache Chemikalienempfindlichkeit (MCS-Syndrom)

Patienten berichten, dass sie von niedrigdosierten Chemikalien krank wurden. Auch Umweltmediziner beobachten, dass Chemikalien, die von der Durchschnittsbevölkerung toleriert werden, bei empfänglichen Personen Erkrankungen hervorrufen. Für die medizinische Versorgung ergibt sich das Problem, dass solche Phänomene mit den klassischen Methoden nicht zu erklären sind. Das Umweltbundesamt ist der vielfachen Chemikalienempfindlichkeit (MCS-Syndrom = Multiple Chemical Sensitivity) in einer Studie nachgegangen

=====
CHEMIKALIEN - ACRYLAMID

Schadstoffbelastungen in Lebensmitteln sind nicht Gesundheitsrisiko Nummer eins

Hamburg (ots) - Grundsätzlich solle man nicht mehr so viel braten und frittieren, um die Acrylamidbildung zu vermindern und geräuchertes Fleisch wie Salami wegen der Nitritbildung nicht mit Käse überbacken. so der Ernährungswissenschaftler Prof. Claus Leitzmann von der Universität Gießen im FÜR SIE-Interview. Schadstoffbelastungen in Lebensmitteln stellen aber nicht das größte Gesundheitsrisiko dar, betont Leitzmann. "Viel gefährlicher ist der hohe Fett- und Zuckerkonsum. Übergewicht macht krank, eine Portion Rucola nicht".

"Im Moment kann ich nur empfehlen, vorübergehend wenig beziehungsweise gar keine damit belasteten Lebensmittel zu essen, bis die Hersteller ihre Produktionsverfahren umgestellt haben", sagt der Ernährungsexperte. Die krebsauslösende Wirkung von Acrylamid sei seit Jahren bekannt, über Spätfolgen beim Menschen wisse man aber noch wenig.

Die Tatsache, dass auch in Bio-Nusscreme Acrylamid entdeckt wurde, ist für den Experten kein Grund, auf Bio-Lebensmittel zu verzichten. "Diesen speziellen Fall halte ich für eine Ausnahme. Ich würde solche Produkte immer denen aus herkömmlichem Anbau vorziehen", betont Prof. Leitzmann. Allerdings gäbe es auch unter den Bio-Bauern schwarze Schafe, daher sei es für den Verbraucher wichtig zu wissen, woher die Ware stamme. Wer sich so gesund wie möglich ernähren wolle, der komme an Bio-Lebensmitteln nicht vorbei,

Diese Meldung ist unter Quellenangabe FÜR SIE zur Veröffentlichung frei.

ots Originaltext: Für Sie Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de>

Kommentar Scherrmann: Von Acrylamid auf "alle Schadstoffe" zu schliessen, finde ich seltsam.

=====
ELEKTRO - MAGNETISCHE STRAHLUNG

von elektrosmognews:

02. 03.03 Spanischer Biologe Balmori: Vögel meiden starke Mobilfunkexposition

Quelle: Vogel-Studie des Diplom-Biologen und Umweltwissenschaftlers Alfonso Balmori, Februar 2003 (1 OMB, doc-Datei)

Valladolid: Vögel verlassen hochexponierte Gebiete und kehren nach Senkung der Belastung oder Verschwinden der Mobilfunk-Strahlungsquelle offensichtlich wieder zurück

Veränderungen im Gefieder, Brut- und Flugverhalten u.a.

Nach einer Untersuchung des Biologen und Mitglieds der spanischen Gesellschaft für Ornithologie Alfonso Balmori verlassen bestimmte Vogelarten Gebiete, die starken Strahlenbelastungen durch Mobilfunk ausgesetzt sind und kehren nach Verschwinden der

Strahlenbelastung oder starker Senkung der Exposition wieder in angestammte Gebiete zurück. Balmori beobachtete unter anderem ausserdem Veränderungen im Gefieder, die von Ornithologen als erste Anzeichen für chronischen Streß interpretiert werden sowie Änderungen im Brut- und Flugverhalten.

Balmori nimmt mit seinen Untersuchungen in Valladolid Bezug auf ähnliche Beobachtungen in London, wo ein starker Rückgang der Spatzenpopulationen festgestellt wurde und die zunehmende Belastung durch elektromagnetische Felder, wie sie beispielsweise von Mobilfunknetzen ausgehen, von Ornithologen als

momentan wahrscheinlichste Ursache für das Verschwinden der Vögel aus der Stadt gesehen wird.

Der Rückgang in London soll so stark sein, dass die ehemals in Massen vorhandenen Spatzen in London mittlerweile vom Aussterben bedroht sind und auf die Rote Liste gefährdeter Arten gesetzt werden soll. Die beobachteten Wirkungen scheinen sehr stark dosisabhängig zu sein. Balmori beobachtete beispielsweise in niedrig belasteten Gebieten keine auffälligen Veränderungen, während die Wirkungen in hochbelasteten Gebieten offensichtlich waren.

Die komplette Studie kann hier heruntergeladen werden:

<http://www.elektrosmognews.de/studien/balmorifeb2003.doc>

27.02.2003:

**Spaichinger Gymnasiasten bestätigen Ergebnisse der Hengstenberg-Versuche:
DECT-Telefone erzeugen stark beschleunigtes Pflanzenwachstum**

<http://www.elektrosmognews.de/news/dectpflanzen.htm>

24. 02. 03: **Leukämie bei Rundfunksendern - bereits mindestens 4 verschiedenen Studien**

fanden starken Anstieg bei Anwohnern <http://www.elektrosmognews.de/Studien/senderstudien.html>

23. 02. 2003

Wie das hese-Project mitteilt, haben mit heutigem Datum bereits weit mehr als 1.000

Ärzte den Freiburger Appell unterzeichnet, davon ca. 1.000 allein aus Deutschland.

Die Unterschriftenaktion hat im Ausland erst vor kurzem begonnen, dennoch liegen bereits ca. 5.000 Unterstützer-Unterschriften aus dem Ausland vor und weitere 30.000 aus Deutschland.

Der Freiburger Appell fordert für den Mobilfunk neue gesundheitsverträgliche Übertragungsrisiken mit interessenunabhängiger Risikoabwägung vor der Einführung und als Sofortmassnahmen und Übergangsregelung u.a. eine massive Reduzierung der Grenzwerte auf ein biologisch verträgliches Maß, Handyverbot für Kinder (analog zur Empfehlung der russischen Strahlenschutzkommission

und des deutschen Bundesamtes für Strahlenschutz), Stopp des Netzaufbaus, wirksame Mitspracherechte für die Bevölkerung, industrieunabhängige Forschung, mobilfunkfreie Zonen, Handy- und DECT-Verbot in öffentlichen Gebäuden analog zum Rauchverbot.

Die Unterschriften sollen ca. Ende März der Bundesregierung übergeben werden, zu einem späteren Termin sollen die Unterschriften aus ganz Europa dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission überbracht werden.

Nähere Infos beim hese-Project:

Arbeitsgruppe EMF Mobilfunk Postfach 1306 36198 Rotenburg/Fulda

Tel: 06623/410 638 Fax: 06623/44 114 e-mail: emf-mf@hese-project.org

Elektrosmognews vom 28.02.2003: Neitzke in Hamburg: Mobilfunk verändert Hirnströme und Erbgut <http://www.elektrosmognews.de/news/neitzkehamburg.htm>

Vom hese-Project:

Mobilfunk und Tinnitus, Artikel von Prof. Dr. Wilhelm, Kopfklinik Frankfurt

<http://www.hese-project.org/New.html>

Indizien und Befürchtungen zu den Folgen hochfrequenter Radiowellen(PDF), Artikel von Prof. Dr. med. Frentzel-Beyme, Bremer Institut für Präventionsforschung (sehr lesenswert!)

<http://www.hese-project.org/New.html>

=====

EU- CHEMIKALIENPOLITIK

UBA (Umweltbundesamt)

26.02.2003

Negative wirtschaftliche Auswirkungen der EU-Chemikalienpolitik ueberbewertet

Umweltbundesamt: Sichere Chemikalien senken gesundheitliche und wirtschaftliche Risiken

„Eine staerker am Umwelt- und Gesundheitsschutz orientierte Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe, wie sie die Europaeische Union will, vermindert die mit der Anwendung von Chemikalien verbundenen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Risiken.“ Dieses Fazit zieht der Praesident des Umweltbundesamtes (UBA), Prof. Dr. Andreas Troge, aus einem Fachgespraech, dessen Protokoll

jetzt im Internet zugaenglich ist (Adresse: <http://www.umweltbundesamt.de>, Rubrik „Presse - Hintergrundpapiere“). „Die oekonomischen Vorteile der neuen Chemikalienpolitik sind nicht von der Hand zu weisen“, so Troge weiter. Eine bessere Transparenz ueber Stoffgefahren in der Produktkette fuehre zum Gebrauch sicherer Chemikalien, mindere die wirtschaftlichen Risiken der Stoffanwender und verringere die hohen Kosten durch chemikalienbedingte Berufskrankheiten. Das UBA hatte Anfang Februar 2003 die Vertreterinnen und Vertreter fuehrender Wirtschafts- und Umweltforschungsinstitute zu einem Fachgespraech eingeladen, um grundsaeztliche methodische Fragen zur Prognose moeglicher wirtschaftlicher Folgen der neuen EU-Chemikalienpolitik zu eroertern. Der Tenor: Die Belastungen der Industrie werden weit niedriger liegen, als es beispielsweise der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) befuerchtet. Hintergrund: Mit dem so genannten Weißbuch plant die Europaeische Union (EU), die Chemikalienpolitik der Gemeinschaft grundlegend zu reformieren, um ein hoeheres Niveau des Schutzes der Gesundheit und der Umwelt zu erreichen. Hierzu sollen in einem Stufenplan fuer alle Stoffe durch die Hersteller selbst Daten zu diesen Stoffen vorgelegt und eine Risikobewertung vorgenommen werden. Auch die gewerblichen Anwender der Stoffe sollen fuer den sicheren Umgang verantwortlich sein. Besonders gefaehrliche Stoffe sollen einer Zulassungspflicht unterliegen. Diese Gesetzgebung hat wirtschaftliche Auswirkungen auf die Hersteller, Importeure und Anwender von Stoffen. Die EU-Kommission hat in einigen Studien bereits bestimmte Aspekte analysieren lassen. In Deutschland hat die Unternehmensberatung Arthur D. Little (ADL) die moeglichen oekonomischen Folgen in drei Szenarien im Auftrag des BDI untersucht und dabei einen erheblichen Rueckgang der Bruttowertschoepfung sowie einen Anstieg der Arbeitslosigkeit - je nach Szenario - um bis zu 2,35 Millionen Beschaeftigte in den Raum gestellt. Nach den Aussagen der am Gespraech im UBA beteiligten Fachleute liefert die Studie zwar wichtige Hinweise ueber die relative Bedeutung verschiedener Parameter der geplanten EU-Stoffpolitik. Hieraus lassen sich Schlussfolgerungen ziehen, an welchen Stellen das Konzept verbessert und Haerten fuer einzelne Wirtschaftsbereiche vermieden werden koennen. Die in der ADL-Studie enthaltene Hochrechnung ueber die gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschoepfungs- und Arbeitsplatzverluste sind jedoch methodisch nicht tragfaehig und damit nicht verwertbar. In dem vom Institut fuer Wirtschaftsforschung (ifo), Muenchen, geleiteten Gespraech wurde insbesondere festgestellt, dass in der ADL-Studie positive Wirkungen der neuen Stoffpolitik ausgeblendet wurden, und die Analyse von einem statischen Modell ausgeht, das Dynamik und Innovationskraft der Wirtschaft außer Acht laesst. Sie beruht zudem auf ungesicherten Industrieangaben. Die Studie enthaelt zwar zahlreiche wichtige Erkenntnisse, beispielsweise zu den Kostenimpulsen in der Textilindustrie, die eine Vielzahl an Stoffen verwendet, ist aber in der Analyse gesamtwirtschaftlicher Folgen fachlich und methodisch nicht belastbar. Das UBA sieht im Gegensatz zum BDI im Konzept der neuen EU-Chemikalienpolitik zahlreiche Gesichtspunkte, die positive wirtschaftliche Auswirkungen haben duerften. So wird durch die Verbesserung des Stoffwissens ueber die bisher kaum untersuchten Altstoffe sowie Erleichterungen fuer Forschung und Entwicklung die Innovationskraft gestaerkt. Durch den verbesserten Informationsfluss zwischen Chemikalienherstellern und Anwenderfirmen werden maßgeschneiderte, neue Loesungen fuer nachhaltige Chemikalienanwendungen entstehen, die auch international zu Wettbewerbsvorteilen fuehren. Der Arbeitsschutz wird erleichtert, das Haftungsrisiko vermindert und das Vertrauen von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen in die Produkte der chemischen Industrie gestaerkt.

! Die Zusammenfassung der Ergebnisse des Fachgespraechs ist im Internet abrufbar unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>, Rubrik „Presse - Hintergrundpapiere“.

dazu auch in der TAZ vom 01.03.03:

Falsch gerechnet

Industrie: EU-Chemiepolitik, die besser vor den Giften schuetzen will, kann Deutschland 2,35 Millionen Jobs kosten. Ökonomen: Unseriös

von HANNA GERSMANN

Die europäische Chemiepolitik droht Deutschland in die Rezession stürzen, warnte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) kürzlich. Der Verband irrt, entgegnete am Donnerstag der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge, bei der Präsentation von Ergebnissen eines Expertengesprächs zum Thema.

<http://www.taz.de>

Kommentar Scherrmann: Mal eine recht erfreuliche Reaktion vom UBA. Ich wuerde in die Berechnungen natuerlich noch weitere Parameter einbeziehen, Aber immerhin ist das mal ein Anfang. Die Industrie wird schon noch merken, dass hier ein grosses zukuenftiges Marktpotential liegt, und dass ihr gar nichts anderes uebrigbleibt, denn Kranke koennen nicht mehr viel konsumieren.

=====

KURZINFO

EU will die Kontrollen verschärfen

Die Europäische Union zieht Lehren aus den zurückliegenden Lebensmittelskandalen wie BSE, Dioxin, Nitrofen oder der Maul- und Klauenseuche

<http://www.aerztezeitung.de/>

Künast will Bann über Gen-Saatgut bald aufheben

Die Bundesregierung sperrt sich nicht länger gegen die Aufhebung des Moratoriums für die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in Lebens- und Futtermitteln.

<http://www.aerztezeitung.de>

Off ist unklar, wieviel Droge in Pflanze, Pilz und Pille drinsteckt

Offensichtlich konsumieren Kids schon ab etwa 13 Jahren zunehmend leicht zugängliche Drogen wie die Designerdroge Ecstasy und biogene Drogen aus dem Stechapfel oder Pilzen, den Magic Mushrooms, hieß es beim Kongreß Medizin 2003 in Stuttgart.

<http://www.aerztezeitung.de>

Unentdeckter Diabetes in der Bevölkerung viel häufiger als bisher angenommen: Was ist zu tun? / Neueste Studienergebnisse zeigen erschütternde Zahlen

ots Originaltext: DDFI Deutsches Diabetes-Forschungsinstitut

URL steht nicht mehr zur Verfügung.

Technologie bringt Duft ins Gewebe

Eingewobener Wohlgeruch soll Konsumenten schützen, verwöhnen und stimulieren

<http://www.presstext.de>

Kommentar Scherrmann: Crazy world!

21. 02.2003:

Musikalisches Russland: Mozart und Bach gegen Grippeviren <http://www.netdokter.de>

Malen & Lackieren: Schädlich für Immunsystem von Babys

<http://www.netdokter.de>

Eröffnet: Europäisches Jahr der Behinderten

<http://www.netdokter.de>

POCKEN

Gesetz zur Neuordnung seuchenrechtlicher Vorschriften -(Seuchenrechtsneuordnungsgesetz – vom 20. Juli 2000)

als pdf-Datei (jedoch nicht ausdrückbar) unter www.rki.de

Aerzte Zeitung 03.03.2003: 5000 Menschen pro Tag können gegen Pocken geimpft werden

Von Nicola Siegmund-Schultze

Deutschland bereitet sich auf den "worst case" vor: einen möglichen Angriff von Terroristen mit Pockenviren. Das Robert-Koch-Institut (RKI) in Berlin hat gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsministerium, den zuständigen Landesministerien und weiteren Fachvertretern einen Rahmenplan entwickelt, um die Bevölkerung zu schützen. Das Konzept hat der Präsident des RKI, Professor Reinhard Kurth, jetzt beim 7. Kongreß für Infektionskrankheiten und Tropenmedizin in Berlin vorgestellt.

"Ein bioterroristischer Akt mit Pockenviren wäre aus seuchenhygienischer Sicht der größte anzunehmende Unfall", so Kurth. Die Wahrscheinlichkeit, daß Pockenviren ausgesetzt würden, sei zwar äußerst gering, aber sie sei nicht gleich null.

In Deutschland stehen nach Angaben von Kurth schon heute mehr als fünfzig Millionen Dosen Impfstoff zur Verfügung. Diese Menge würde für großflächige Abriegelungsimpfungen reichen. Bis Ende 2003 werde der Vorrat auf das Doppelte aufgestockt.

Für die Frage, wer wann geimpft werden soll, ist ein Phasenmodell aufgestellt worden.

- In Phase 1, solange es weltweit keine Pockenkranken gibt, wird diskutiert, ob das Personal von speziellen Behandlungszentren geimpft werden sollte. Diese Zentren würden bei einem Pockenausbruch besonders beansprucht.

- In Phase 2, bei Pockenerkrankungen außerhalb von Deutschland, sollen medizinisches Personal und Berufsgruppen, die zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens erforderlich sind, geimpft werden.

- In Phase 3, bei Pockenerkrankungen in Deutschland, stünden Riegelungs- oder gar Massenimpfungen an. Eine Pflicht zur Impfung könnte es auf Grund des Infektionsschutzgesetzes (§20, Abs. 6 oder 7) geben.

Die Erfahrungen mit Massenimpfungen hätten ergeben, daß in einem gut organisierten Impfbüro 5000 Personen pro Tag immunisiert werden könnten. Für Deutschland seien mehr als 3000 Impfstätten vorgesehen. Pro einer Million Impfungen müsse allerdings mit 1000 Erkrankungen als Folge der Impfungen und etwa 30 schwerwiegenden Komplikationen gerechnet werden. Dieses Risiko sei

nur bei einer akuten Gefahr vertretbar, sagte Kurth.

Auch eine Diagnostik von Pockenviren wird vorbereitet. Hierfür sind einige Labors vorgesehen. In einem ersten Schritt wird Probematerial gewonnen, das im Elektronenmikroskop untersucht wird. So lässt sich schnell feststellen, ob es sich um Viren der Orthopoxgruppe handelt, zu denen auch tierpathogene Erreger zählen. Eine weitere Differenzierung erfolgt mit der Polymerasekettenreaktion (PCR). Sie dauert etwa acht Stunden.

**Aerzte Zeitung, 03.03.2003- In Israel wird schon gegen Pocken geimpft
Vakzine auch für 100 000 US-Soldaten / In USA und Israel sind schwere Impfwischenfälle aufgetreten**

BERLIN (nsi). Weltweit treffen Länder Vorkehrungen gegen Attacken von Terroristen mit Biowaffen. Das ist beim 7. Kongreß für Infektionskrankheiten und Tropenmedizin in Berlin deutlich geworden. Pocken und Milzbrand stehen weit oben auf der Liste der gefürchteten Epidemien. Die Schweizer Bundesregierung hat drei Millionen Impfdosen Pockenvakzine gelagert, in USA sind schon etwa 100 000 Soldaten gegen die Viren geimpft, in Israel sind es 17 000, und 36 000 sollen es noch werden. Dabei treten, wie zu erwarten, auch schwere Impfkomplicationen auf.

Die in Israel geimpften Personen spenden auch Serum für Personen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht aktiv immunisiert werden können, berichtete Professor Ethan Rubinstein von der Abteilung Infektionskrankheiten der Universität Tel Aviv. Bislang habe es fünf schwerwiegende Nebenwirkungen gegeben, darunter eine Perimyokarditis. Alle Betroffenen seien aber inzwischen wieder gesund.

Fünf schwere Impfwischenfälle sind auch aus den USA bekannt geworden, so Professor Reinhard Kurth, Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI) in Berlin. Eine Enzephalitis sei aufgetreten. Keiner der Impflinge habe einen Dauerschaden zurückbehalten.

Wegen des nicht unerheblichen Risikos schwerer, unerwünschter Wirkungen sei in Deutschland eine Impfung bestimmter Berufsgruppen erst vorgesehen, sobald weltweit eine Pockenerkrankung auftrete, sagte Kurth. Es werde aber darüber nachgedacht, schon jetzt das Personal in fünf Behandlungszentren zu impfen. Denn nach einer Impfung fühle man sich einige Tage physisch nicht fit. Aber die Betroffenen seien wegen potentieller Komplikationen zurückhaltend.

Zur Zeit werde niemand gezwungen, sich impfen zu lassen. "Der Impfstoff wird zentral gelagert und von der Bundeswehr

<http://www.aerztezeitung.de>

Aerzte Zeitung 27. 02. 2003 Wer wird wann gegen Pocken geimpft?

**Professor Hans Christoph Huber vom Bayerischen Gesundheitsministerium stellt
Notfallkonzept vor**

MÜNCHEN (sto). Um auf den Ernstfall eines Bioterror-Anschlags mit Pockenviren vorbereitet zu sein, soll noch in der ersten Jahreshälfte bundesweit das Personal in den Zentren für hochkontagiose Erkrankungen und in den zuständigen Labors geimpft werden.

Auch Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und Betriebsärzte von Krankenhäusern werden Schutzimpfungen bekommen.

In Bayern sind das schätzungsweise 300 Personen, berichtete der Leiter des Referats Infektionsschutz im Bayerischen Gesundheitsministerium, Professor Hans Christoph Huber. Die Entscheidung über den Beginn der Impfkation werde von der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Gesundheitsbehörden der Länder (AOGL) getroffen, sagte Huber bei einer Sitzung des Bayerischen Landesgesundheitsrates in München.

Die Impfung dieses Personenkreises ist nach Hubers Angaben die erste Stufe eines Phasenmodells für den Ernstfall. Sollte irgendwo auf der Welt mindestens ein Pockenfall auftreten, tritt die zweite Stufe in Kraft. Dann sollen Impfärzte, medizinisches Personal sowie Beschäftigte von Versorgungseinrichtungen bis hin zu Angestellten von Supermärkten geimpft werden. In Bayern wären das etwa 700 000 Menschen, berichtete Huber.

Die dritte Stufe wird wirksam, wenn in Deutschland oder in der Region mindestens ein Pockenfall auftritt. Dann kommen je nach konkreter Situation Kontakt-, Riegel- oder Massenimpfungen in Betracht. Bei einer Massenimpfung müssten allein in Bayern innerhalb von fünf Tagen bis zu zwölf Millionen Menschen geimpft werden.

Für jede der knapp 500 Impfstellen in Bayern, von denen jede 25 000 Menschen impfen müsste, würden nach den derzeitigen Planungen 112 Ärzte, Krankenschwestern, Arzthelferinnen und anderes Personal benötigt. Bayernweit wären das etwa 55 000 Helfer. Unklar sei derzeit allerdings noch, ob im Ernstfall wirklich genügend Personal für die Impfstellen zur Verfügung stehen wird, räumte Huber ein. Um die Kenntnisse niedergelassener Ärzte im Umgang mit Pockeninfektionen und anderen hochkontagiosen Erkrankungen zu verbessern, will das Gesundheitsministerium im März zusammen mit der Landesärztekammer die ersten Fortbildungsveranstaltungen anbieten, kündigte Huber an.

<http://www.aerztezeitung.de>

28. 02.2003 Erste Pockenimpfkomplikationen bei Krankenschwester in den USA

NEW YORK. Nach den ersten Soldaten hat nun auch eine Angehörige der Gesundheitsberufe eine Impfkomplication erlitten. Wie die New York Times berichtet, erkrankte eine 39-jährige Krankenschwester an ... <http://www.aerzteblatt.de>

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz Informationen zum Thema Pocken

Gesundheitsministerium stellt Informationen zum Stand der Vorsorgemaßnahmen in Bayern ins Internet

Das Bayerische Gesundheitsministerium hat das Internetinformationsangebot zum Thema Pocken auf seiner Homepage nochmals

erweitert. Dies teilte Gesundheitsminister Eberhard Sinner heute in München mit. Sinner: "Nach wie vor gibt es keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Terroristen im Besitz von Pocken-Viren sind. Dies ist aber nicht auszuschließen. Deshalb ist es notwendig, sich vorsorglich für mögliche Ernstfälle zu rüsten. Dies tut Bayern. Ausführliche Informationen zum Stand der Vorbereitungsmaßnahmen in Bayern sind seit heute auf der Homepage des Gesundheitsministeriums allgemein zugänglich. Denn offene und sachliche Informationen sind der beste Weg, einer Verunsicherung der Bevölkerung entgegenzuwirken."

Das Internetangebot des Bayerischen Gesundheitsministeriums zum Thema Pocken ist abrufbar unter www.stmgev.bayern.de .

RKI (Robert Koch Institut)

26.02.2003

7. Kongress für Infektionskrankheiten und Tropenmedizin:

Symposium zur Bioterrorismus-Vorsorge und Pressekonferenz mit RKI-Präsident Reinhard Kurth

Das Ausmaß einer möglichen bioterroristischen Bedrohung in Deutschland und einzelne Maßnahmen der Risikoabwehr werden in der Öffentlichkeit derzeit kontrovers diskutiert. Zum Thema Bioterrorismus-Vorsorge veranstaltet das Robert Koch-Institut am Freitag, dem 28. Februar 2003, 14.30 Uhr bis 16.00 Uhr, auf dem 7. Kongress für Infektionskrankheiten und Tropenmedizin in Berlin (Internationales Congress Centrum) ein Symposium. Zuvor findet um 11.00 Uhr, im Raum 28/29, eine Pressekonferenz statt, in der unter anderem die Themen Bioterrorismus und Infektionsschutz angesprochen werden. Presse-Statements, unter anderem von RKI-Präsident Prof. Reinhard Kurth, und Presse-Anmeldung bei MWM-Vermittlung: www.mwm-vermittlung.de/aktukit03.html, Telefon 030-8039686.

Der 7. Kongress für Infektionskrankheiten und Tropenmedizin wird von zwölf wissenschaftlichen Gesellschaften getragen, die ein breit gefächertes Programm mit zwölf Symposien und 29 Workshops zusammengestellt haben . Kongresspräsident ist Prof. Hartmut Lode, Zentralklinik Emil von Behring / Lungenklinik Heckeshorn. Das Robert Koch-Institut organisiert neben dem Symposium zum Bioterrorismus zwei weitere Kongressveranstaltungen: zum einen ein Symposium zu den Arbeitsschwerpunkten des Instituts als zentraler Forschungs- und Referenzeinrichtung des Bundes im Bereich der Infektionskrankheiten und der Gesundheitsberichterstattung (am Donnerstag, dem 27. Februar 2002, von 16.30 Uhr bis 18.00 Uhr), und zum anderen einen "Round Table" zu den Erfolgen des neuen Meldewesen (am Samstag, dem 1. März 2003, von 9.30 Uhr bis 11.00 Uhr). Hinzu kommen weitere Vorträge von RKI-Wissenschaftlern, unter anderem zu den steigenden Meldezahlen bei Syphilis.

Die Referenten des Symposiums zum Thema Bioterrorismus sind Prof. Reinhard Kurth, Dr. Andrea Ammon, Leiterin der Abteilung Infektionsepidemiologie des Robert Koch-Instituts, Prof. Ethan Rubinstein, Tel Aviv University, Infectious Disease Unit, und Dr. Klaus Riedmann von der Zentralen Informationsstelle des Bundes für Biologische Sicherheit, Robert Koch-Institut. Die Zentrale Informationsstelle des Bundes für Biologische Sicherheit mit ihrer Hotline (Tel.: 01888-754-3430) hat die Bundesregierung bereits zum 11.10.2001 am Robert Koch-Institut eingerichtet. Nachfolgend sind eine Reihe von Maßnahmen zusammengefasst, die seither zur Vorsorge gegen bioterroristische Anschläge getroffen worden sind.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen die Pocken. Die Pockenerreger sind auf andere Menschen übertragbar, es gibt nach wie vor keine kausale Therapie, und in der Vergangenheit starb etwa ein Drittel der Infizierten. "Deshalb hat die Vorbereitung auf einen solchen Fall trotz seiner geringen Wahrscheinlichkeit einen hohen Stellenwert. Optimismus ist kein Ersatz für Planung", sagt RKI-Präsident

Reinhard Kurth. Die Maßnahmen im Einzelnen:

Das Robert Koch-Institut (RKI) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und

soziale Sicherung (BMGS) hat sofort nach dem 11. September 2001 und den Anthrax-Anschlägen in den USA die ohnehin vorhandenen Seuchenalarmpläne überprüft. Im Hinblick auf die neue Erkenntnis, dass grundsätzlich von einem erhöhten Bedrohungspotential ausgegangen werden muss, wurden die Pläne erweitert, die Kommunikationsnetzwerke aktualisiert und stabilisiert.

Das RKI hat gemeinsam mit BMGS, Paul Ehrlich-Institut (PEI), Vertretern der Bundesländer und medizinischen Fachgesellschaften ein Rahmenkonzept zur Organisation von Pockenschutzimpfung erarbeitet. Die vorgeschlagene Impfstrategie orientiert sich an einem Phasenmodell, das Risiko und Nutzen der Impfung berücksichtigt. Das Konzept ist weitgehend abgeschlossen. Die Umsetzung obliegt den Bundesländern.

Bereits im Oktober 2001 hat die Bundesregierung im Wettbewerb mit anderen Staaten vorsorglich einen Teil der Bestände an "altem" Pockenimpfstoff aufgekauft, der im Rahmen der weltweiten Eradikation der Pocken auch in der Bundesrepublik Deutschland seine Wirksamkeit bewiesen hatte. Der Impfstoff ist alles andere als veraltet: das PEI als zuständiges Bundesamt für Sera und Impfstoffe hat experimentell geprüft, dass dieser Impfstoff unverändert die Anforderungen erfüllt, die die WHO zu Zeiten der Eradikationskampagne an die Wirksamkeit von Pockenimpfstoffen gestellt hatte.

Bis Ende 2003 ist eine Vollbevorratung für die deutsche Bevölkerung vorgesehen, deshalb wird derzeit ein entsprechender Impfstoff auf Zellkulturen in Deutschland produziert. Diese Maßnahmen stehen im Einklang mit vergleichbaren Maßnahmen der Regierungen der westeuropäischen Länder und Nordamerikas.

Das Robert Koch-Institut hat auch Szenarien und Vorsorgemaßnahmen gegen jene Erreger erarbeitet, die nach der Einstufung durch die Weltgesundheitsorganisation für bioterroristische Zwecke geeignet sein könnten.

Weitere Maßnahmen des Robert Koch-Instituts umfassen unter anderem

- die Einrichtung eines Zentrums für Biologische Sicherheit mit diagnostischer Kompetenz für BTErreger

und der Zentralen Informationsstelle des Bundes für Biologische Sicherheit (IBBS) mit Hotline,

- ein umfassendes und intensiv genutztes Internetangebot (<http://www.rki.de/GESUND/GESUNDBT.HTM>),

- die Verbreitung von Informationen für die Fachöffentlichkeit, u.a. über das wöchentlich erscheinende Epidemiologische Bulletin und Merkblätter für Ärzte,

- eine gemeinsam mit den Bundesländern erstmals erstellte Übersicht von Laboratorien, die für schnelle diagnostische Leistungen bei Verdacht auf gefährliche Erreger oder biologische Gifte in Anspruch genommen werden können.

Eine 24-Stunden-Rufbereitschaft, eine aufsuchende Epidemiologie für Untersuchungen vor Ort, ein Ausbildungsprogramm für Epidemiologen und die Einbindung in das "Early Warning-System" der EU sind Komponenten des allgemeinen Infektionsschutzes. Das Meldewesen wurde mit dem Infektionsschutzgesetz neu strukturiert und gilt heute international als sehr leistungsfähig.

Herausgeber: Robert Koch-Institut, Pressestelle, E-Mail: presse@rki.de www.rki.de

=====

RECHT - BERUFSKRANKHEITEN

ARD-Wirtschaftsmagazin Plusminus / **Krankenkasse unterstützt Mitglieder bei Berufskrankheiten gegenüber Berufsgenossenschaften**

Köln (ots) - Köln, 24. Februar 2003 - Beim Streit um die Anerkennung ihres Leidens als Berufskrankheit bekommen Krebspatienten jetzt Schützenhilfe. Als erste Krankenkasse Deutschlands unterstützt die IKK-Nordrhein mit Expertenrat, Gutachtern und Anwälten ihre Mitglieder gegenüber den Berufsgenossenschaften. Dies berichtet das ARD-Wirtschaftsmagazin [plusminus in der Sendung am Dienstag (25.

Februar, 21.55 Uhr).

Mit einer eigens entwickelten Software spürt die Krankenkasse seit kurzem Verdachtsfälle von Berufskrankheiten auf. Die Überprüfungen der IKK ergaben, dass sie in 20 Prozent der überprüften Fälle Behandlungskosten bezahlt hat, die eigentlich die ausschließlich von den Arbeitgebern finanzierten Berufsgenossenschaften tragen müssten.

Durchschnittlich 20.600 Euro pro Versicherten mussten die Berufsgenossenschaften bisher an die IKK für Behandlungskosten und Krankengeld zurück erstatten. Für die Versicherten hat dies den Vorteil, dass sie auch ihre Rentenansprüche gegenüber den Berufsgenossenschaften leichter durchsetzen können.

Würden alle deutschen Krankenkassen genauso handeln, könnten nach Einschätzung der allein bei beruflich an Krebs erkrankten gewerblichen Arbeitnehmern nach überschlägigen Berechnungen der IKK - Nordrhein 105 Millionen eingespart werden.

Webadresse nicht mehr oder unter geänderter Adresse im Netz

Kommentar Scherrmann: Hoffen wir dass dieses Beispiel Schule macht.

=====

POLITIK - BEHOERDEN

BUNDESTAG

Berlin: 03.03.2003, Umwelt/Gesetzentwurf

PROTOKOLL ZUR REDUZIERUNG VON SCHWERMETALLEN UMSETZEN

Berlin: (hib/RAB) Der Bundestag soll ein im Jahre 1998 beschlossenes Protokoll zur Reduzierung von Schwermetallen umsetzen. Zu diesem Zweck hat die Regierung dem Parlament einen entsprechenden Gesetzentwurf (15/509) zugeleitet.

Die Vereinbarung sei ein weiteres Protokoll zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, heißt es. Deutschland hat das Übereinkommen, dem über 40 europäische Staaten sowie die Europäische Gemeinschaft, USA und Kanada beigetreten sind, im Jahre 1982 ratifiziert.

Mit den Protokollen wird europaweit die Luftverunreinigung bekämpft. Mit dem nun vorgelegten Gesetzentwurf zum Schwermetallprotokoll ist vorgesehen, die durch menschliche Aktivitäten hervorgerufene Freisetzung von Cadmium, Blei und Quecksilber sowie ihrer Verbindungen zu verringern.

Fr, 28.02.2003, Familie/Antwort

KREBSREGISTRIERUNG IN DEUTSCHLAND HAT SICH POSITIV ENTWICKELT

Berlin: (hib/BES) Dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) stehen jährlich insgesamt 180 Millionen Euro für die Krebsforschung zur Verfügung. Dies geht aus einer Antwort der Regierung (15/493) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/378) hervor.

Vor dem Hintergrund medizinischer Prognosen, wonach Krebserkrankungen in wenigen Jahren als Todesursache Nummer eins Herz- und Kreislauferkrankungen ablösen werden, wollten sich die Abgeordneten nach der Situation der Krebsforschung und der Krebsregister in Deutschland erkundigen. Zur Finanzierung von Vorhaben zur Krebsforschung heißt es in der Antwort, diese würde allein dem BMBF unterliegen.

Darüber hinaus gebe es Mittel der Länder. Doch ließe sich der Gesamtetat der deutschen Krebsforschung nicht ermitteln, da z.B. die durch die Bundesländer aufgebrachten finanziellen Leistungen für die Krebsforschung nicht bekannt seien.

Den Angaben zufolge vollzieht

sich die Förderung der Krebsforschung durch die Bundesregierung auf sehr breiter Basis und umfasst grundlagenwissenschaftliche bis hin zu angewandten, klinischen Aspekten und beschränkt sich nicht auf einige wenige Tumorarten.

Einen Fokus der Förderungsmaßnahmen der Regierung bilde die Übertragung von Ergebnissen aus der krankheitsorientierten klinischen Forschung in die angewandte klinische Praxis, so die Antwort der Exekutive.

Die Regierung zeigt sich in ihren Ausführungen erfreut, dass " sich der Stand der Krebsregistrierung in Deutschland positiv weiterentwickelt hat, wenngleich die Vollzähligkeit aller Länderkrebsregister erwartungsgemäß noch nicht den gewünschten Grad erreicht hat."

Mo, 24.02.2003

Wirtschaft und Arbeit/Kleine Anfrage

TRANSPARENZ BEI DER VERGABE VON HERMES-BÜRGSCHAFTEN HERSTELLEN

Berlin: (hib/VOM) Die FDP-Fraktion hat die Transparenz bei Hermes-Bürgschaften zur Absicherung von Exporten der deutschen Wirtschaften zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage (15/491) gemacht.

Die Regierung soll unter anderem sagen, welche endgültigen Deckungszusagen im Auftragswert von über 15 Millionen Euro mit Zustimmung des Deckungsnehmers von der Bundesregierung im letzten Jahr veröffentlicht worden sind. Gefragt wird ferner, wie viele der 2002 entschiedenen 640 Deckungsanträge bei der Erstvorlage im zuständigen Interministeriellen Ausschuss entschieden worden sind.

Die Fraktion erkundigt sich darüber hinaus, wie sich der Anteil der bei der Erstvorlage im Interministeriellen Ausschuss entschiedenen Deckungsanträge seit 1999 entwickelt hat.

Familie/Kleine Anfrage

FRAUEN UND KINDER SOLLEN BESSER VOR GEWALT GESCHÜTZT WERDEN

Berlin: (hib/BES) Die Hilfe für Gewaltopfer, darunter vor allem Frauen und Kinder, ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (15/477). Im Bereich der Gewaltprävention sowie der Beratung von Gewaltopfern und der Beweisstellung von Gewalttaten unmittelbar nach der Misshandlung bestünden in Deutschland noch gravierende Defizite.

Dies gelte insbesondere für Gewalttaten im häuslichen Bereich.

Die Union will in diesem Zusammenhang wissen, welche Schritte die Bundesregierung in den letzten Jahren unternommen hat, um die Beweisfeststellung und die rechtliche Beratung sowie die medizinische Betreuung von Gewaltopfern - speziell unmittelbar nach der Misshandlung - zu verbessern und ob für Maßnahmen der Regierung zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Kinder bereits ein Zeitplan vorliegt. Des Weiteren fragen die Abgeordneten nach Erkenntnissen der Regierung, wie viele Fälle von häuslicher Gewalt, Vergewaltigung und Kindesmisshandlungen in den Jahren 2000 bis einschließlich 2002 bundesweit zur Anzeige gebracht wurden, wie viele nicht, und aus welchen Gründen die Opfer auf eine Anzeige verzichtet haben. Ferner interessieren sich die Parlamentarier für Einrichtungen, die Gewaltopfer hinsichtlich der Beweisfeststellung und weiterer medizinischer und gerichtlicher Schritte unmittelbar nach der Misshandlung beraten und dafür, welche dieser Einrichtungen mit Geldern der öffentlichen Hand gefördert werden. Auch will die Fraktion wissen, ob die Regierung über entsprechende Erkenntnisse verfügt und welche Kosten den einzelnen Sozialversicherungszweigen durch häusliche Gewalt, Vergewaltigungen und Kindesmisshandlungen und deren Folgen in Deutschland im angefragten Zeitraum entstanden sind. Schließlich will die Union wissen, ob die Regierung das so genannte Stalking - also das absichtliche, böswillige und wiederholte Verfolgen und Belästigen einer anderen Person - nicht als einheitlichen Tatbestand definieren will und wie sie die Prävention von Stalking verbessern möchte.

26.02.2003

Verbraucherschutz/Kleine Anfrage

UNION: ÜBER NEUORDNUNG DES GESUNDHEITLICHEN VERBRAUCHERSCHUTZES BERICHTEN

Berlin: (hib/POT) Nach den Folgen und Auswirkungen der behördlichen Neuordnung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes sowie der Gentechnik im Bereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft erkundigt sich die CDU/CSU-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (15/505). Mit dem zum 1. November 2002 in Kraft getretenen Gesetz zur Neuorganisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit (Neuorganisationsgesetz) sei das bisherige Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin aufgelöst und an seiner Stelle das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) sowie das Bundesinstitut für Risikobewertung und -kommunikation (BfR) neu gegründet worden. Die Regierung soll sagen, wie das Verhältnis des BVL sowie des BfR zum Bundesministerium für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Ernährung (BMVEL) ausgestaltet ist. Insbesondere interessiert die Abgeordneten, welche Berichts- und Meldepflichten es untereinander und gegenüber dem BMVEL gibt und welche Einflussmöglichkeiten das Ministerium nach dem Neuorganisationsgesetz auf die Managementtätigkeit des BVL und auf die Kommunikationstätigkeit des BfR hat. Die Regierung soll darlegen, welche Befugnisse das BVL gegenüber den Ländern hat, um seine koordinierenden Maßnahmen und Vorschläge umzusetzen und wie es eine einheitliche Informationstätigkeit in den Ländern sicherstellt. Ferner erkundigt sich die Union danach, welche Pflichten die Länder gegenüber dem BVL in Bezug auf einheitliche Informationstätigkeit und einheitliches Vorgehen in der Futter- und Lebensmitteluntersuchung und -bewertung haben und wo diese geregelt sind. Des Weiteren soll die Regierung darüber informieren, aus welchen Gründen durch einen Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Oktober 2002 die federführende Zuständigkeit und somit die Rechts- und Fachaufsicht für die gesamte Gentechnik dem BMVEL übertragen wurde und in welcher Form und in welcher Höhe sich die Zuständigkeit für die Gentechnik im H... (Scherrmann, war unvollständig)

=====

UBA Umweltbundesamt

Berlin, den 24.02.2003

Abfallzahlen fuer Deutschland: Importe steigen weiter

Umweltbundesamt veroeffentlicht Statistik fuer das Jahr 2001

Deutschland importiert immer mehr Abfaelle. Im Jahr 2001 ist die Menge der importierten genehmigungspflichtigen Abfaelle mit 2,65 Millionen Tonnen (Mio. t) gegenueber dem Vorjahr um weitere 0,65 Mio. t und damit um rund ein Viertel angestiegen. Fuer das Jahr 2002 wird eine aehnliche Steigerung erwartet. Wesentliche Ursachen dafuer sind unter anderem Entsorgungsengaepasse fuer Hausmuell in Italien. Aber auch hoehere Gebuehren fuer die Abfallentsorgung in den Niederlanden, wirken sich im europaeischen Binnenmarkt auf die Abfallexporte aus. Die exportierte Menge von genehmigungspflichtigen Abfaellen ist dagegen seit Jahren relativ stabil. Diese Ergebnisse veroeffentlicht das Umweltbundesamt (UBA), das damit die Arbeiten zur Statistik ueber die grenzueberschreitende Verbringung von genehmigungspflichtigen Abfaellen fuer das Jahr 2001 abschließt.

Die intensive Ueberwachung der Abfallexporte und klare rechtliche Regelungen bei Verstoeßen bewirkten auch im Jahr 2001, dass es keine gravierenden Faelle des illegalen Abfallexports gab. Die

Strafandrohungungen reichen von bis zu 50.000 Euro Bußgeld fuer Ordnungswidrigkeiten bis hin zu drei Jahren Haft fuer strafrechtlich relevante Vergehen, in besonders schweren Faellen sogar bis zu zehn Jahren.

Die Exporte von Abfaellen zur Beseitigung haben im Jahr 2001 nur unwesentlich abgenommen und liegen jetzt bei 84.000 Tonnen. Fuer das Jahr 2002 wird eine weitere Abnahme erwartet. Die Importmenge zur Beseitigung hat noch einmal stark zugenommen auf 550.000 Tonnen; davon 360.000 Tonnen zur thermischen Entsorgung und 140.000 Tonnen zur Deponierung.

Mit der Aenderung des Gesetzes zum Basler Uebereinkommen vom 17.02.2002 (BGBl. II, S. 89) hat Deutschland das Verbot des Exports von gefaehrlichen Abfaellen in Entwicklungslaender, das ueber die EG-Abfallverbringungsverordnung bereits seit Januar 1998 gueltiges Recht ist, auch formal auf nationaler Ebene eingefuehrt.

Nach Bekanntgabe gegenueber den Vereinten Nationen im Mai 2002 ist die Ratifizierung seit Ende 2002 voelkerrechtlich verbindlich.

Genehmigungspflichtig sind alle gefaehrlichen Abfaelle, alle Abfaelle zur Beseitigung sowie alle Abfaelle, die in der EG-Abfallverbringungsverordnung nicht ausdruecklich als „nicht genehmigungspflichtig“ benannt sind. Zum Vergleich: Die Außenhandelsstatistik weist zu nicht genehmigungspflichtigen Abfaellen Einfuehren in Hoehe von 8,3 Mio. t und Ausfuehren von 16,5 Mio. t aus, die in den letzten zehn Jahren relativ stabil waren.

Abbildung: Entwicklung der Abfallexporte und -importe der Jahre 1995 bis 2001 mit Prognose fuer 2002 (Originaldatei ist in der Pressestelle erhaeltlich)

-Grafik in der Anhangsdatei-

Detaillierte Informationen stehen im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>, Stichwort: Abfallverbringung, zur Verfuegung.

=====

Ende des newsletter/d/43

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt